

2100-0257

*An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
LAbg. Mag. Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 15. September 2025

SELBSTÄNDIGER ANTRAG

der Landtagsabgeordneten Markus Wiesler, Mag. Thomas Grandits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Erleichterung beim Zugang zu Wohnbaukrediten und Unterstützung junger Familien im Burgenland“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Erleichterung beim Zugang zu Wohnbaukrediten und Unterstützung junger Familien im Burgenland“

Der Erwerb von Wohnraum stellt für viele junge Menschen und Familien im Burgenland eine große Herausforderung dar. Trotz des Wegfalls der KIM-Verordnung verlangen Banken weiterhin starr mindestens 20 Prozent Eigenmittel. Diese Praxis behindert den Eigentumserwerb, bremst die Bauwirtschaft und wirkt sich negativ auf die kommunale Entwicklung aus, da Neubauten Einnahmen aus Gebühren, Steuern und Abgaben generieren würden.

Die Landespolitik ist gefordert, Hürden abzubauen und Lösungen zu schaffen, die den Erwerb von Wohneigentum erleichtern. Insbesondere können zusätzliche Sicherheiten eine ausreichende Absicherung für Kreditinstitute darstellen, sodass eine starr hohe Eigenmittelquote nicht mehr notwendig ist. Gleichzeitig soll das Land Burgenland durch gezielte Fördermaßnahmen junge Familien entlasten und den Wohnungs- und Häusermarkt in Bewegung bringen.

Die Schaffung leistbaren Eigentums ist ein zentrales Anliegen, das im Sinne der Generationengerechtigkeit und der langfristigen Stärkung des ländlichen Raums eine nachhaltige Wirkung entfalten kann.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- in den Wohnbauförderrichtlinien einen Punkt aufzunehmen, wonach 10 % des erforderlichen Eigenmittelbedarfs als nicht rückzahlbarer Zuschuss gefördert werden. Der Höchstbeitrag pro Förderungsfall beträgt 50.000 Euro.

Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- gesetzliche Maßnahmen ergreifen, damit Kreditinstitute bei Wohnbaukrediten nicht mehr als 10 % Eigenmittel verlangen dürfen, sofern zusätzliche Sicherheiten vorhanden sind.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschuss zuzuweisen.